

INDIENS WIRTSCHAFTSPOTENZIAL

Herwig Palme

Eine Landfläche von subkontinentalem Ausmaß und eine riesige Bevölkerung von mehr als einer Milliarde Menschen, welche Indien zusammen mit der VR China in eine eigene Größenklasse von Staaten weit vor allen anderen großen Staaten einreicht, eine hochgebildete und gut geschulte Elite, sowie eine rasch wachsende Mittelschicht von etwa 200 Millionen, die weit verbreitete Kenntnis der englischen Sprache, gefestigte politische demokratische Institutionen und ein in der Bevölkerung tief verwurzeltes Demokratiebewusstsein, eine funktionierende, wenn auch gemächlich arbeitende Rechtsprechung, eine lebendige und unabhängige Presse, eine stark westlich orientierte gesellschaftliche Elite und nicht zuletzt ein strikt der säkularen Staatsverfassung verpflichtetes Militär, das noch niemals während der mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden politischen Unabhängigkeit in den politischen Prozess eingegriffen hat - all diese, vor allem für ein armes, lange kolonialisiertes Land sehr bemerkenswerte Merkmale haben sowohl bei Indern selbst, wie auch bei vielen ausländischen Freunden und Beobachtern die Zuversicht genährt, dass Indien auch in der Lage sein wird, sein offensichtlich riesiges Wirtschaftspotenzial zunehmend zu entwickeln und damit eine reale Grundlage für eine entsprechend bedeutsame machtpolitische Stellung unter den Staaten der Welt zu schaffen.

Der Kampf gegen die Armut

Das koloniale Erbe und mehr als vier Jahrzehnte einer stark sozialistisch geprägten Wirtschaftspolitik haben Indien die Bürde eines ungeheuren Armutsproblems hinterlassen, dessen Beseitigung für alle Regierungen die zentrale Aufgabe und eine enorme Herausforderung darstellt. Die Beseitigung der Armut und die Entfaltung des Wirtschaftspotenzials sind eng miteinander verbunden. Dieser Zusammenhang zeigt sich deutlich in den Ergebnissen der alle fünf Jahre in den einzelnen Bundesstaaten durchgeführten Stichprobenerhebungen der *National Sample Survey Organisation* über Konsumausgaben, die als Maßstab für den Armutsanteil an der Gesamtbevölkerung verwendet werden. Die letzte Erhebung fand von Juli 1999 bis Juni 2000 statt und ergab, dass seit 1993-94 zum ersten Mal in der Geschichte der Indischen Union die absolute Zahl der Armen drastisch gesunken ist, nämlich von 320 auf 260 Millionen .

Bevölkerungsentwicklung 1971-2001 und Veränderungen der absoluten Zahl der Armen von 1973-74 bis 1999-2000

Veränderung des Anteils der Armen an der Gesamtbevölkerung von 1973-74 bis 1999-2000.

1973-74 betrug die Zahl der Armen 321 Millionen, was damals fast 55 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. 1993-94 machte die gleiche Zahl 36 Prozent aus. 1999-2000 betrug der Anteil 26,1 Prozent. (*Economic Survey 2001-2002*, 238)

Die Frage nach dem Wirtschaftspotenzial lässt sich einerseits aus dem Blickwinkel der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und den erkennbaren Entwicklungstrends betrachten, sowie auch aus der Diskussion über die bisherigen und künftigen Wirtschaftsreformen, die als notwendig erachtet werden, um Armutsbeseitigung und Steigerung der Effizienz der Wirtschaft mit vielfältigen sozialen Zielen erreichbar zu machen.

Der gegenwärtige Zustand der Wirtschaft Indiens und Trends der Entwicklung.

Gegenwärtig befindet sich die Wirtschaft Indiens in einer schwierigen Phase, eine Folge mehrerer ungünstiger innerer und äußerer Entwicklungen. Die Unsicherheiten und

Unwägbarkeiten der Natur üben noch immer einen starken Einfluss auf die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung aus. Zwei Jahre mit schlechtem Monsun und Naturkatastrophen (Zyklon, Erdbeben) haben sowohl Produktion als auch Nachfrage im Land beeinflusst. Die Schwäche des Wachstums der internationalen Wirtschaft als Folge der Ereignisse vom 11. September 2001 dämpften das indische Exportwachstum und die Profitabilität der Industrie.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wies ein erwartetes Wachstum von 5,4 Prozent auf, was eine leichte Erholung gegenüber dem Vorjahr darstellte, aber weit unter den hohen Wachstumsraten der frühen neunziger Jahre lag.

Allerdings, verglichen mit allen bedeutenden Industrieländern, war dies noch immer eine der höchsten Wachstumsraten der Welt.

Die leichte Erholung des BIP-Wachstums auf 5,7 Prozent stützte sich zum größten Teil auf den kräftigen Anstieg der Wertschöpfung im landwirtschaftlichen und mit diesem verbundenen Sektoren (7 Prozent). Dagegen sank das Wachstum der Industrieproduktion auf eine für diesen Sektor sehr niedrigen Wert von 3,3 Prozent.

Der Rückgang des Industriewachstums, der sich im Sektor der Kapitalgüterproduktion sehr deutlich ausdrückt und keine Anzeichen von Erholung zeigt, kann auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückgeführt werden wie:

normale Konjunktur- und Investitionszyklen,

nachhinkende Anpassungen bei der Umstrukturierung von Unternehmen,

fehlende Konsum- und Investitionsnachfrage,

anhaltend hohe reale Zinssätze,

Infrastrukturengpässe bei Energie und Transport.

Es gibt Rückstände beim Aufbau von glaubwürdigen institutionellen und regulatorischen Rahmenbedingungen für die Teilnahme des Privatsektors in einigen Schlüsselbereichen.

Der gute Monsun des letzten Jahres (ausreichende Niederschläge und deren günstige zeitliche und räumliche Verteilung) hat die landwirtschaftliche Produktion stark steigen lassen (7 Prozent) und zu einer beträchtlichen Steigerung der Nahrungsgetreideproduktion auf 209 Millionen Tonnen geführt.

Bei den Dienstleistungen waren Rückgänge zu verzeichnen, vor allem bei Transport, Finanzdiensten, Tourismus und sozialen Diensten.

Die hohen Konsumentenpreissteigerungen der beiden vorangegangenen Jahre gingen im laufenden Jahr stark zurück.

Eine ganze Reihe anderer wichtiger Wirtschaftsindikatoren weisen unterschiedliche Tendenzen auf. Von besonderer Bedeutung ist das nach wie vor niedrige Wachstum von 2 Prozent (Vorjahr: 6,8 Prozent) bei Grundstoffindustrien (Energie, Rohöl, Kohle, Raffinerieprodukte, Stahl und Aluminium, u.a.), die zusammen mehr als ein Viertel der Gewichtung des *Index of Industrial Production (IIP)* ausmachen. Damit bleiben wichtige Infrastrukturbereiche von der Stagnation betroffen

Weitere Indikatoren:

Das Brutto-Fiskaldefizit ist weiterhin sehr hoch und liegt bei 5,5 Prozent des BIP;

die Einnahmen aus direkten Steuern lagen weit hinter den Prognosen zurück, was nach wie vor auf eine große Schwachstelle bei den Staatsfinanzen hinweist;

das *Disinvestment* (der Verkauf von staatlichen Anteilen an Unternehmen) wird weiter zunehmen;

trotz nachlassender Exporte weist die Zahlungsbilanz nur geringe Defizite auf;

der Wechselkurs der Rupie gegenüber den wichtigsten Währungen der Welt ist weitgehend stabil;

die Devisenreserven haben mit nahezu 50 Milliarden US-Dollar einen Höchststand erreicht;

- die Auslandsschuld hat sich stark verringert. Das Verhältnis Auslandsschulden-BIP ist von 28,7 auf 21 Prozent gesunken, was die Weltbank veranlasst hat, Indien als "gering verschuldetes Land" einzustufen.

Beschäftigung

Die Planungskommission schätzt, dass von 1993/1994 bis 1999/2000 die Gesamtbeschäftigung um 1 Prozent pro Jahr gestiegen ist, im Vergleich zu 2,43 Prozent in den fünf Jahren davor. Das heißt, dass die Liberalisierungsperiode bisher nur relativ geringe Beschäftigungseffekte aufweist. Das hohe Wachstum dieser Periode scheint sich vor allem in Produktivitätsgewinnen nieder geschlagen zu haben. Bei genauerer Beleuchtung zeigt sich, dass sich die Gründe des Wachstums und die Struktur der Beschäftigung geändert haben. Die geringere Wachstumsrate der Beschäftigung geht zum kleinen Teil auf das sinkende Bevölkerungswachstum zurück (2,1 Prozent auf 1,93 Prozent) und damit verbunden auf ein geringeres Wachstum der Arbeitsbevölkerung (2,29 Prozent auf 1,03 Prozent). In den jüngeren Altersgruppen machte sich die geringere Beschäftigungsrate auch wegen des langfristigen Trends zu längerer Ausbildung bemerkbar.

Was die Struktur betrifft, zeigt sich, dass die Beschäftigung (öffentlich und privat) im organisierten Sektor (d.h. unter normalen Arbeitsverhältnissen) von 1993/1994 bis 1999/2000 um 0,53 Prozent pro Jahr gestiegen ist. Dabei hatte der öffentliche Sektor in Folge der Umstrukturierung bei staatlichen Unternehmen und des Aufnahmestopps in der Verwaltung der Bundesstaaten (wegen deren enorm hoher Verschuldung) insgesamt einen Beschäftigungsrückgang von 0,03 Prozent pro Jahr zu verzeichnen. In der gleichen Periode stieg die Beschäftigung im privaten Sektor um 1,87 Prozent pro Jahr, also nahezu doppelt so stark wie die Arbeitsbevölkerung.

"First Generation"-Reformen

Unter dem Eindruck der krisenhaften Entwicklung der indischen Wirtschaft drängten IMF und Weltbank Indien 1990 zu Strukturreformen, um den Staatsbankrott zu verhindern. Das Strukturreformpaket bestand nur aus drei Elementen:

die Deregulierung und Liberalisierung aller Märkte,
die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in allen Bereichen der Wirtschaft sowie
eine strikte Begrenzung der Bundes- und Nationalstaatsausgaben innerhalb einer starken Budgetbeschränkung.

Die wichtigsten Maßnahmen unter der Strukturreform waren:

- Abbau der Kontrolle über die Industrie und den Dienstleistungssektor und deren Deregulierung,
- *Disinvestment* (d.h. Verkauf der staatlichen Kapitalanteile) bei Unternehmen des öffentlichen Sektors,
- Öffnung der Wirtschaft für ausländische Investoren und
- Schritte zur Integration der Wirtschaft in die Weltwirtschaft.

Dies bedeutete das Ende des sogenannten *License Raj*, das heißt, die Herrschaft von Bürokraten über private Unternehmer, die diesen oft bis in kleinste Detail der Unternehmensorganisation gehende Vorschriften machen konnten, insbesondere die Erteilung von Genehmigungen (Lizenzen) für die Aufnahme von neuen Produktionen oder auch nur die Ausweitung bestehender Produktion. Der ursprüngliche Gedanke dieser Regulierung lag in dem Bemühen, monopolartige Unternehmensstrukturen zu verhindern. Bald jedoch kehrte sich diese in ihr Gegenteil, denn die weitgehende Verhinderung des Aufkommens von

Wettbewerb verhalf den bestehenden Unternehmen zu zumindest starken oligopolistischen Marktpositionen und korrumpierte Bürokratie und Wirtschaft.

Der Kern des License Raj war der 1969 von der Regierung Indira Gandhi beschlossene *Monopolies and Restrictive Trade Practices (MRTP) Act*. Jedes Unternehmen, das mehr als 26,7 Millionen US-Dollar an Anlagevermögen besaß, wurde als Monopol deklariert und wirkungsvoll an der Ausweitung seiner Tätigkeiten gehindert. Eine einzelne Firma mit mehr als 1,3 Millionen Dollar wurde unter "antimonopolistische Überwachung und Kontrolle" gestellt. Zum Beispiel hatte die Familie Tata zwischen 1969 und 1989 über einhundert Anträge auf neue Geschäftsprojekte gestellt und kein einziges wurde genehmigt (Das, 2001, 169-70). Mit der Abschaffung des *MRTP Act* im September 1991 durch die Kongressregierung von Narasimha Rao wurde einer wichtigsten Schritte zur Entfaltung des indischen Wirtschaftspotentials getan. Mit Ausnahme einer kleinen Liste von gefährlichen und umweltsensitiven Branchen sowie Produktionen von nationaler militärischer Bedeutung wurden praktisch alle Industrielizenzen abgeschafft.

Eine weitere wichtige Maßnahme war die Erleichterung des Zugangs von direkten Auslandsinvestitionen (Foreign Direct Investment - FDI) zu mehreren Wirtschaftssektoren und damit auch ein relativ freier Zugang zu ausländischer Technologie für indische Unternehmen. Dies bedeutete den weitgehenden Abschied von einer jahrzehntelang verfolgten Politik der "Self-Reliance", die Indien in vieler Hinsicht in weitgehender wirtschaftlicher Isolierung gehalten hatte.

Obwohl der Anstieg der FDI von etwa 200 Millionen Dollar im Jahr 1992-93 auf 3,3 Milliarden Dollar 1996-97 ganz beträchtlich ist, bleibt diese Größenordnung angesichts der Stärke der indischen Wirtschaft (und im Vergleich zur VR China) doch noch recht bescheiden. Eine deutliche Sprache spricht auch die große Diskrepanz zwischen den genehmigten Investitionen und tatsächlich realisierten, die in der Regel wesentlich darunter liegen.

Eine Folge dieser Politik war auch die Vernachlässigung des Ausbaues der Infrastruktur in allen Bereichen. Daher war die Förderung der privaten Initiative für den Ausbau der Infrastruktur ein geradezu revolutionärer Schritt, der bisher aber nur geringe Erfolge gebracht hat.

Ein wichtiger Schritt waren auch die intensiven Bemühungen zur Reform des Finanz- und Bankensektors. Das erste *Narasimham Committee* 1991 erarbeitete Vorschläge für Reformen des Bankensektors, der öffentlichen Finanzinstitutionen, sowie der Geld- und Kapitalmärkte. Das zweite *Narasimham Committee* 1998 untersuchte die *Capital Adequacy Requirements*, das heißt die Berücksichtigung von Marktrisiken zusätzlich zu Kreditrisiken. Dieses Committee versuchte, die Lehren aus der asiatischen Finanzkrise für Indien zu ziehen. Das *Verma Committee* (1998) machte Vorschläge für Strategien zur Rettung und der Neustrukturierung der schwächsten Banken.

Der Bankensektor hat sehr stark auf diese Reformen reagiert und sich deutlich verbessert. Mit dem Übergang von staatlich administrierten Zinssätzen zu marktbestimmten Zinssätzen hat sich ein regelrechter Paradigmenwechsel im indischen Bankensektor vollzogen.

"Second Generation"-Reformen

Während die erste Generation der Reformen krisengetrieben war, zeichnet sich die zweite Generation durch ihre Konsensprägung aus. Es hat sich eine unglaublich intensive Reformtätigkeit entwickelt, die Indien auch von innen heraus in einem noch nie da gewesenen Maße verändert hat und weiterhin verändert.

Die wichtigsten Reformagenden betreffen:

- die Sicherung der fiskalischen Disziplin durch Gesetze,

- damit die Verringerung des Ausmaßes an Verschwendung, die vor allem die Bundesstaaten auszeichnet,
- die Verringerung der Überbeschäftigung bei den öffentlichen Unternehmungen und
- die Verringerung der Subventionen (bei stärker gezieltem Schutz für die Armen).

Gleichzeitig soll sich der Staat stärker konzentrieren auf:

- Ausbildung und Schule (v.a. Grundschule),
- die Gesundheitsvorsorge,
- den Umweltschutz,
- die Förderung von Transparenz und *Good Governance*,
- den Aufbau einer neuen institutionellen Architektur für das Management der Wirtschaft und
- die Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank nach dem US- und britischen Muster.

Die Liberalisierung soll vorangetrieben werden durch die Stärkung des Wettbewerbs auf den Produktmärkten und im Dienstleistungssektor durch freien Zugang und durch freien internationalen Handel. Die Regierung hat erst kürzlich klar gemacht, dass sie eine stärkere Integration in den Weltmarkt als einen wichtigen Wachstumsmotor betrachtet. Die Globalisierung wird nicht mehr nur als Option, sondern als Tatsache betrachtet. Der große Erfolg der indischen Software- und IT-Industrie im Inland wie im Ausland wird als direkte Folge der Globalisierung gesehen.

Gleichzeitig sollen die lokalen und regionalen Strukturen (Panchayati Raj und Bundesstaaten) sowie auch die dezentralen Strukturen (NGOs, Selbsthilfegruppen und *Community Organisations*) gestärkt werden.

Ausgehend von den immer stärkeren wissensbasierten und damit enger kommunikationsmäßig verbundenen Individuen steckt Indien erst in den ersten Phasen einer völlig neuen Form der Entfaltung seines Wirtschaftspotenzials, dessen mögliche Dynamik noch niemand richtig abschätzen kann.

Literatur:

Government of India 2002: Economic Survey 2001-2002. New Delhi

Das, Gurcharan 2001: India Unbound. Alfred A. Knopf, New York

Kapila, Raj & Uma Kapila, Ed.2002: A Decade of Economic Reforms in India. Academic Foundation, Ghaziabad, UP, Indien.

Ao. Univ.Prof. Doz. Dkfm. Dr. Herwig Palme, geboren 1940 in Salzburg.

Studium an der Hochschule für Welthandel, Abschluss 1966; danach Präsenzdienst.

1967-68 einjährige Studienreise in die Türkei, Iran, Pakistan, Afghanistan, Indien, Nepal und Ceylon.

1968-74 Forscher am Österreichischen Institut für Raumplanung in Wien,

1974 Abschluss des Doktoratsstudiums an der Wirtschaftsuniversität Wien mit einer Dissertation über Raumplanung in Entwicklungsländern.

1975-89 Assistenzprofessor am Interdisziplinären Institut für Stadt- und Regionalentwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien.

Seit 1989 außerordentlicher Professor für Stadt- und Regionalentwicklung am Institut für Wirtschaftsgeographie, Regionalentwicklung und Umweltwirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien.